

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Koch'schen Buchhandels (Jahres D. 5000), für die Schriftleitung verantwortlich D. 5110 in Neuenbürg.

Nr. 20.

Neuenbürg, Donnerstag, den 24. Januar 1924.

82. Jahrgang.

## Deutschland.

**Stuttgart, 22. Jan.** Die Abgeordneten der Württ. Bürgerpartei Wiber, Dr. Weisbänger, Dr. Schott und Frau Klob haben an das Kultusministerium folgende kleine Anfrage gerichtet: Das unter der Verantwortlichkeit des Kultusministeriums stehende Landesbrotbrot bringt ausgerechnet am Tage nach der 63. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung ein Stück „Dantons Tod“ zur Aufführung, das allein schon durch die zum Vortrag gebrauchte Materialklasse und die weiter darin enthaltenen Objektivitäten dem nationalen und öffentlichen Empfinden wahrhaft deutschfeindlicher Kreise ins Gesicht schlägt. Außerdem wurde zum Schutze dieses Stückes auch noch ein Aufgebot von etwa 50-70 Kollaboranten gestellt. Wir fragen: 1. Wie verhält sich der Reichsminister des Innern zum Kultusministerium nationale Leistung mit der Erlaubnis der Aufführung dieses Stückes? 2. Will das Kultusministerium für die Zukunft verhindern, daß ein solches Stück das Empfinden deutscher Volksgenossen nicht mehr beleidigen kann? 3. Sollte das Kultusministerium des Innern Kenntnis von dem Inhalt des Stückes, als es zu dessen Schutze ein solches außerordentliches Kollaborat aufgestellt hat?

**München, 23. Jan.** Reichspostminister Dr. Hoffe wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen nach München kommen, um im Zusammenhang mit dem in Vorbereitung befindlichen Reichspostgesetz, das die Grundlagen des Staatsvertrages über die Uebertragung der bayerischen Posten und Telegraphen an das Reich berührt, mit der bayerischen Regierung Verhandlungen zu führen. — Die Demokraten verlangen im Landtag in Form einer kurzen Anfrage, daß bei der Zusammenlegung der bayerischen Ministerien von acht auf fünf auf den alten Plan der Schaffung eines Wirtschaftsministeriums zurückgegriffen wird in der Form, daß das Handels- und das Sozialministerium zu einem Wirtschafts- und Arbeitsministerium zusammengefaßt werden und in diesem Ministerium die Verwaltung des Ministeriums des Innern kommt. Das Landwirtschaftsministerium soll zum Ministerium des Innern kommen.

**Berlin, 23. Jan.** Der Schriftsteller und Redakteur des Völkischen Beobachters Stofing-Gerum ist wieder aus der Haft entlassen worden und das Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats gegen ihn eingestellt worden. — Der sibirische Volksbildungsminister Gredel hat über 7 Kinder evangelischer Eltern in Oera, die am Reformationsfest zum Auszug zum Zweck des Gottesdienstes die Schule verließen, nunmehr für Oera 1924 die Strafe der Exkommunikation verhängt.

Die jüdischen Eisenbahnerverbände zur Umgestaltung der Reichsbahn.

**München, 23. Jan.** In München tagte am 21. Januar eine Konferenz von Vertretern der jüdischen Eisenbahnerverbände, um zur Frage der Umgestaltung der Reichsbahn in eine privatwirtschaftliche Betriebsform Stellung zu nehmen. Grundätzlich wurde einstimmig von ihnen abgelehnt, daß eine zentralistische Betriebsform in Berlin gebildet wird, die ausschließlich vom norddeutschen Privatkapital abhängt. Zustimmung fand der Gedanke, daß eine weitgehende Dezentralisierung der Betriebsform und Verstaatlichung der Eisenbahnen eintreten muß, wobei der Charakter des Unternehmens als Reichsbahn und die obere Aufsicht des Reichsverkehrsministeriums nicht berührt werden. Es wurde auch die Frage erörtert, ob an der neuen Betriebsform das Personal mit allen Rechten wie die übrigen Betriebsgruppen beteiligt werden soll. Weitere Schritte werden von den Länderorganisationen angeleitet. Bestrebungen erragte es, daß über die in Berlin hinsichtlich der Umgestaltung des Reichsbahnbetriebes geplanten tiefgreifenden Maßnahmen das Personal und die Öffentlichkeit bis heute noch im Unklaren gelassen werden.

## Das Frauenwahlrecht.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Leipzig ist nach Geschlechtern getrennt abgestimmt worden, so daß der Einfluß des Frauenwahlrechts genau nachgerechnet werden kann. Das Ergebnis ist höchst interessant. Von den 34787 abgegebenen Stimmen entfielen 18289 auf Wählerinnen und 16508 auf Wähler. Wie war nun die politische Richtung? Insgesamt fielen 18143 Stimmen auf die bürgerlichen Parteien, 16647 auf die sozialistischen. Von den Männern stimmten 8122 für die Bürgerlichen, 8525 für die Sozialisten usw.; von den Frauen dagegen 10018 für die Bürgerlichen und 8261 für die Sozialisten. Die Männer stimmten also zu 49,2 v. H. gegen und zu 50,8 v. H. für die Sozialisten, die Frauen zu 54,8 v. H. gegen und zu 45,2 v. H. für die Sozialisten. Ein für die Einführung des Frauenwahlrechts sehr lehrreiches Ergebnis!

## Die unentgeltlichen Besatzungsstellen.

Selbstamtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Der Präsident, der Vorstand und einige Mitglieder des Verwaltungsrats der deutschen Rentenbank haben gestern beim Reichsfinanzminister und dem Finanzminister die schwersten Bedenken dagegen erhoben, daß die Besatzungsstellen für das besetzte Gebiet weiterhin gewährt werden. Die jetzt eingetragene Forderung der deutschen Währung werde nach ihrer Auffassung nur aufrecht erhalten werden können, wenn die Ausgaben des Reiches sich im Einklang mit den Einnahmen befinden und der Reichshaushalt im Gleichgewicht bleibt. Nach den ihnen bei den Kreditanträgen zugegangenen Ausstellungen des Reichsfinanzministers sei die Fortführung des Gleichgewichtes im Jahre 1924 nur dadurch ermöglicht worden, daß die Ausgaben auf das launig Extrajährliche beschränkt werden, die Einnahmen in einer Höhe angenommen seien, daß man eben noch mit ihrem Eingang rechnen könnte. Würde dieses Gleichgewicht durch so hohe Besatzungsstellen überschritten, dann wäre ein neuer großer Fehlbetrag unvermeidlich. Aus Anleihenmitteln aber könnte dieser Fehlbetrag nicht gedeckt werden. Es würde daher nur die Neu- schaffung von ungedeckten Zahlungsmitteln übrig bleiben, die

eine neue Inflation im Gefolge haben werden. Die Rentenbank hält sich im Interesse der Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung für verpflichtet, gegen die weitere Zahlung der Besatzungsstellen ihre warnende Stimme zu erheben. Den Vertretern der Rentenbank wurde zugesagt, daß die Angelegenheit weiter verfolgt und dem Kabinett unterbreitet werden würde.

## Der Entwurf zur dritten Steuer-Neuordnung.

**Berlin, 23. Jan.** Ueber den Inhalt der dritten Steuerneuordnung, mit der sich die getriggerte Kabinetsregierung befaßt hat, ohne im übrigen schon zu endgültigen Beschlüssen gekommen zu sein, glaubt der „Lokalanzeiger“ noch einige Einzelheiten mitteilen zu können. An der Aufhebung der Hypotheken hält man grundsätzlich fest. Weitere Bestimmungen seien aber noch nicht in der Berodnung enthalten. Dagegen würde eine Verbesserung aller aus der Entwertung sich ergebenden Gewinne verordnet und darüber hinaus auch eine Besteuerung der Gewinne aus der Inflation, ebenso Gewinne aus Holzverkäufen aus staatlichen Forsten und aus der Ausgabe nicht werthaltigen Reichsgeldes durch Industrie- und Wirtschaftskontoren. Man denke an einen verhältnismäßig hohen Steuerfuß. Die Einnahmen sollen aus diesen Steuern und Auflagen samt und sonders an die Länder und Gemeinden gehen, die dafür einen Teil der bisher vom Reich geleisteten Verwaltungsausgaben zu übernehmen hätten. Außerdem soll die Berodnung auch den Finanzvergleich zwischen Reich und Ländern regeln, und zwar in der Form, daß zunächst einmal die Einkommen-, die Körperschafts- und die Kraftfahrzeugsteuer, sowie ein Teil der Umsatzsteuer den Ländern und Gemeinden zufallen soll. Vom 1. Oktober würden dann endgültig die Verwaltungskosten des Reiches an Länder und Gemeinden fortfallen.

## Zum Anschlag auf General von Seekt.

Der wegen des verfaßten Anschlags auf General von Seekt verhaftete Thormann verliert jetzt, die Darstellung auf die mehrfach genannten Herren D. und G. abzuwälzen, indem er behauptet, daß diese ihn zu dem Anschlag angestiftet hätten. Er vertritt weiter, den 51 für sich in Anspruch zu nehmen. Der Vater Thormanns vertritt dem „Lokalanzeiger“ eine Mitteilung, wonach sein Sohn ein Opfer des Krieges geworden sei. Er habe einen doppelten Schicksalbruch als Kraftfahrer erlitten und er (der Vater) könne mit Recht behaupten, daß sein Sohn nie richtig angeklart worden sei. In geistiger Beziehung gehöre er nicht in die Unterirdung, sondern in ein Sanatorium. Der Sohn habe auch gegen seinen eigenen Vater ein Entmündigungsverfahren einleiten wollen. Der verhaftete Genosse Thormanns, der in Augsburg festgenommen wurde, ist bereits in Berlin eingetroffen. Wenn bisher auch hier und da vermutet werden konnte, daß der Attentatsplan einer ernstlichen Grundlage entbehre, so sind jetzt Ermittlungen vorgenommen worden, die ganz im Gegenteil vermuten lassen, daß die Befestigung des Oberbierbäckers in vollem Ernst geplant und von langer Hand vorbereitet worden ist. Thormann ist zusammen mit Dr. Grandel nach Berlin gekommen. Fest steht, daß Grandel, der in Berlin über ihm nachstehende Helfer gewesen muß, Thormann vorgeschoben hat, um sich dann im Dunkel zu halten. Er hat an den Besatzungen, die zwischen den zum Attentat schwebend bereiteten Herren C. und Thormann erfolglos, nur ein einziges Mal teilgenommen und sich dabei wiederum eines Pseudonyms bedient, in dem er sich als ein Dr. B. vorstellte.

## Der Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten vor dem Ende?

Der Verband der Ärzte Deutschlands teilt mit: Die vom Reichsarbeitsministerium angeforderte gesetzliche Neuordnung der Krankenkassenversicherung auf dem Lande ist nicht, wie die Krankenkassen befürchteten, ohne Mitwirkung der ärztlichen Organisation erfolgt. Der Entwurf ist vielmehr der geschäftlichen Vertretung der Ärzte und Krankenkassen, dem Reichsausschuß, am 17. Januar 1924, zur Kenntnis gebracht worden. Wegen Einzelheiten der Berodnung haben die ärztlichen Vertreter Bedenken erhoben, mit Rücksicht darauf aber, daß die Regierung von einer Aufschaltung des Reichsausschusses Abstand genommen hat, die Aufhebung des verregulierten Zustandes ausgeht. Die landesärztlichen Verbände werden den Krankenkassen mitteilen, daß ihre Mitglieder auf Grund des vom RAR vertretenen Reichsausschusses bereit sind, die ärztliche Tätigkeit nach Maßgabe der Bestimmungen der alten Verträge wieder aufzunehmen. Die Krankenkassen sind nunmehr nach der am 17. Januar erneuert vertretenen Rechtsauffassung des RAR verpflichtet, allen bisher bei ihnen angestellten Ärzten ihre Dienste nach den früheren Vertragsbedingungen zu vergüten, bis durch die Arbeit des Reichsausschusses neue Verträge zustande gekommen sind.

## Ausland.

### Sturm auf die Sparkassen in Straßburg.

**Basel, 21. Jan.** Wie die Nationalzeitung aus Straßburg meldet, löste infolge des Fallens des Franken ein gewaltiger Sturm auf die Sparkassen ein. Verschiedene Sparkassen haben sich gezwungen, für die Auszahlung bestimmte Stunden anzusetzen und die Summen hart einzukürzen.

### Italienische Stimmen zum Frankreich.

Bei der Stimmung, die zurzeit in Italien herrscht, betrachtet man dort das Sinken des französischen Franken mit einer gewissen Genugtuung. Die Gründe, die von offizieller französischer Seite für den Verfall angegeben werden, deutsche Intrigen, Wechsellagerung usw., werden überall zurückgewiesen: Als die einzige Ursache gilt die Vorkriegsrente, die trotz äußerer Erfolge Frankreich finanziell ungedeckte Kosten auferlege und es politisch und moralisch in der Welt isoliere. Im offiziellen „Corriere Italiano“ ist dies mit aller Offenheit ausgedrückt worden. Noch härter sind die Vorkriegsrente, die Ugo Agnuzzi in dem alles andere als französischfeindlichen Giornale

d'Italia an Frankreich richtet. Er weist darauf hin, daß die französischen Staatsschulden von 1914-22 von 28 auf 337 Milliarden gestiegen seien. Also um beinahe 40 Milliarden im Jahre. Im Senat habe Cléron erklärt, daß die französische Schuld im Jahre 1920 nicht weniger als 450 Milliarden betragen und damit die Verzinsung die gesamten Staatseinnahmen aufzehren werde. Die französische Politik fordere, daß Deutschland zahle, und aus Furcht vor Deutschland betriebe sie die Vernichtung des Schuldners. So etwas sei bisher noch niemals in der Geschichte vorgekommen. Früher legte der Sieger sofort eine bestimmte Summe als Kriegsschadung fest, die dann auch bald bezahlt wurde. Diesmal habe man eine Summe festgelegt, die nur in Generationen abgetragen werden könne, und dies zwingt zu den kostspieligen Verzinsungen. Sie hätten bis jetzt schon über 45 Milliarden gekostet, während Deutschland von 1910-1913 für seine gesamten Streitkräfte zu Wasser und zu Lande nur 38 Milliarden ausgegeben habe. Nach 1870 habe Frankreich 4 Milliarden Goldmark gezahlt und die deutschen Besatzungsstellen hätten sich nur auf 0,276 Milliarden belaufen. Auch die wahnwitzigen Ausgaben für die Kommissionen müßten endlich aufhören, habe doch ein gewöhnlicher französischer Soldat im Oktober 1923 mehr als ein deutscher Minister bezogen. Diese zynische und unmoralische Geldverfälscherung schädige Alles und Alle und löse nichts. Dann müßte der französische Steuerzahler sich den italienischen zum Vorbild nehmen. Die italienischen Steuerzahler zahlten 15 Milliarden Steuern, die französischen, die unendlich viel reicher seien, nur 18. Die Steuern würden in Italien lebeneinhalb Mal soviel wie vor dem Kriege ab, in Frankreich nicht einmal zweimal soviel. Um Frankreich vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren, gäbe es nur ein Mittel: Arbeit, Austerität und Sparsamkeit, alle anderen seien Weichwäch, Betrug und trügerische Versprechungen.

### Scharfe Sprache der englischen Presse.

**London, 22. Jan.** Die „Times“ und der „Daily Telegraph“ veröffentlichten ausführliche Berichte ihrer Sonderkorrespondenten in der Pfalz über die Verhältnisse in der Pfalz. Der Berichterstatter der „Times“ schreibt es sei notwendig, zu sagen, daß es die französische Politik allein sei, die für das angedeutete System in der Pfalz verantwortlich sei. Der Berichterstatter schreibt die französischen Maßnahmen zugunsten der Separatisten und den von ihnen ausgehenden Terror. Die autonome Regierung regiert nicht, sondern treibt nur Geld ein. In ihrem Leitartikel äußert sich die „Times“ sehr scharf über die durch die Franzosen in der Pfalz und im Elsaß geschaffene Lage. Bezugnehmend auf das gestern im Unterhaus von Mac Kell verteilte Telegramm des britischen Generalkonsuls Elbe weist das Blatt darauf hin, daß dieser schamlose Zustand das Ansehen aller Besatzungsbehörden berühre, da die Besetzung eine gemeinsame sei und jeder Alliierte seinen Anteil an der Verantwortung zu tragen habe. Die Franzosen hätten durch die Besetzung des Rheinlands und der Pfalz ihren Eigenmut befreit. Die separatistische Bewegung sei von ihnen gefördert worden einerseits durch Einschüchterung, andererseits sowohl durch politische als auch wirtschaftlichen Druck. Das Ergebnis sei die Lage, in der sich jetzt die britische und französische Politik im Rheinland befindet. Die Pfalzanliegenen treibe die Meinungsverschiedenheiten auf die Spitze. Das Ergebnis der Unternehmung Elbes mache es England vollkommen unmöglich, direkt oder indirekt das schandvolle Vergehen in der Pfalz zu billigen. Die britischen Behörden in Köln und Koblenz seien in die Verteidigung gerufen worden. Das Kölner Gebiet sei eine Insel in dem Meer der französischen Forderungen. England müsse sich entweder den französischen Annahmen unterwerfen und zurückgeben, oder sehr sehr seine unerschütterlichen Vertragsrechte geltend machen.

### Englands Rückzug in der Blockadefrage.

Weiter erfährt, daß Berichte der britischen Webden in Köln über die französische Blockade des britischen Gebietes gestern in London eingetroffen sind und von der britischen Regierung erwogen werden. Während äußerliche Juridikalität weiterhin beobachtet werde, verlautet, daß aus den Berichten hervorzuheben scheint, daß die Lage etwas übertrieben worden sei und daß der allgemeine Gebrauch des Wortes „Blockade“ einen falschen Eindruck der Lage der Dinge geben habe. Seit der französischen Besetzung des Rheingebiets sei der Verkehr mit der britischen Zone merklich beeinträchtigt worden. Man glaube nicht, daß die französischen Besatzungen die Wirkung haben würden, diesen Monopol weiter zu vermindern. Auf jeden Fall scheint die Lage der britischen Streitkräfte vollkommen sicher zu sein und die neuen Maßnahmen würden wahrscheinlich am ernstesten die deutschen und die anderen Kaufleute treffen, die seit der französischen Besetzung den Schutz der Engländer gesucht hätten. Ebenfalls sei die britische Zone nach Osten gegen das nicht besetzte Deutschland offen und nichts hindere den freien Eisenbahnverkehr auf diesen Strecken. Es sei jedoch zweifellos erwiesen, daß die Nachforschungen, die in Paris und Brüssel wegen neuer Beschränkungen angestellt worden seien, gerechtfertigt waren. Die Erörterungen mit den Alliierten in dieser Frage würden fortwähren.

### Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Neuenbürg.** (Gemeinderatsitzung am 22. Januar.) Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Vorsitzende mit Bezug auf den in der „Schwabischen Tagwacht“ erschienenen Bericht über die letzte Gemeinderatsitzung, in demselben werde der Eindruck erweckt, als ob er — der Vorsitzende — von dem Entwurf seines von ihm erhaltenen Rücktritts und Ausblicks vor der Sitzung einem oder dem anderen der nicht der sozialdemokratischen Partei angehörenden Gemeinderäte Kenntnis gegeben habe; dies treffe nicht zu, und jeder, der dies glaube, befinde sich auf dem Holzweg.

**Radfahrer-Berein**  
Neuenbürg.  
Heute abend 7 Uhr  
außerordentliche  
Versammlung  
(hauptsächlich für die jüngeren  
Mitglieder) im Gasthof zum  
Bären.

**er-Artikel!**  
Knöpfe u. s. w.  
isermäßigung.  
Orzheim, Sannelstr. 2 a,  
am Luisenplatz!

**Daunen**  
Orzheim, Fl. rizingen Tel. 330

**Verkauf.**  
den 24. Januar 1924

**er Transport**  
**chtiger und hoch-**  
**chtiger Kalbinnen,**  
**Milchkühe**

**Sakob Drensfuß,**  
**David Maier,**  
**Orzheim,**  
**-Straße Nr. 135.**

**Buchen- und**  
**Nadel-**  
**Brennholz**  
für meine Detailgeschäfte  
zu kaufen gesucht.  
**Wilhelm Lanher,**  
Eibensbach-Württbg.  
Telefon Göglingen 20.

**LANDKREIS**  
**CALW**  
Kreisarchiv Calw







Schöne  
**3 Zimmer-  
Wohnung**  
gegen Goldmarkmiete auf  
sodort zu mieten gesucht,  
eventl. kann 3 Zimmer-  
wohnung in Pforzheim  
in Tausch gegeben werden.  
Angebote unter H. E.  
89 an die Enzyklopädie-Ge-  
schäftsstelle.

Stadtpflege Neuenbürg.  
**Schulbad**  
geöffnet an Samstagen von  
vorm. 9 bis abends 10 Uhr.  
Preis für 1 Wannenbad 40 Pfg.  
1 Brausebad 20 Pfg.

**Strompreise**  
im Januar: Licht 35 Pfg.,  
Kraft 18 Pfg., Großabnehmer  
über 250 K.W.St. monatlich  
je 12 Pfennig.  
Stadtpfleger Essig.

**Bezirks-Arbeitsamt  
Neuenbürg.**  
Rathaus Zimmer Nr. 8.  
Telefon Nr. 53.

**Wir suchen:**  
**Ein Dienstmädchen**, das  
bürgerlich kochen, sowie Haus-  
und Gartenarbeit verrichten  
kann, für den Bezirk für so-  
fort.

**Rentenmark-Sparverkehr.**  
Bis zu 1000 Mark für Spareinlagen, in un-  
beschränkter Höhe für 30tägig kündbare Depositen-  
gelder  
**gewährleisten wir Wertbeständigkeit**  
auf Dollargrundlage.  
**Oberamtssparkasse.**

Calumbach, den 22. Jan. 1924.  
**Todes-Anzeige.**  
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,  
meine liebe Frau, unsere treubesorgte gute  
Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Schwägerin  
und Tante  
**Luisa Barth, geb. Vott,**  
heute nachmittags 1/5 Uhr nach kurzem, schweren  
Leiden im Alter von 33 Jahren zu sich zu  
rufen.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
Der Gatte: **Gottlieb Barth**, Zimmermeister,  
mit seinen 5 Kindern.  
Beerdigung: Freitag nachmittags 3 Uhr.

Feldrennach, den 22. Jan. 1924.  
**Dankagung.**  
Für die so überaus wohlwollenden Beweise  
herzlicher Teilnahme, welche wir bei dem schweren  
Verluste unseres lieben Vaters, Schwiegervaters,  
Großvaters und Onkels  
**Georg Friedrich Mittschelz,**  
Landwirt,  
erfahren durften, danken wir herzlich. Ins-  
besondere danken wir für die so überreichen  
Kranz- und Blumenpenden, dem Herrn Schult-  
heiß Rapp, für die tröstlichen Worte des Herrn  
Pfarrers, dem Herrn Lehrer für den schönen  
Leichenschau und allen denen, die ihm das letzte  
Geleit gaben.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Einen Reinfall** erleben Sie nicht, wenn Sie  
zur Herstellung Ihres Haus-  
getränkes die Spezialitäten der  
Firma **Robert Ruf, Ettlingen**, verwenden.  
**Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten**, die 100 Liter 7.50 G.M.,  
in Paketen zu 50, 100 und 150 Liter.  
**Ruf's Apfelsaft mit Heidelbeersaft**, die  
100 Liter 7.50 G.M., in Flaschen zu 50 u. zu 100 Liter.  
**Ruf's Apfelsaft mit Zitrusfrucht**, die  
100 Liter 6.50 G.M., in Paketen zu 50 u. zu 100 Liter.  
**Ruf's Apfelsaft mit Zitrusfrucht**, die  
100 Liter 6.50 G.M., in Flaschen zu 50 u. 100 Liter.  
Mit Süßholz die 100 Liter 30 Pfg. höher.  
Tausende Anerkennungen.  
**Robert Ruf, Ettlingen (Baden).**  
Vertreter: **Albert Vöhrer, Küfermeister, Neuenbürg.**



**Schiefer-Lafeln**  
empfiehlt  
**E. Wechsche Buchhandlung,**  
Inh. D. Strohm.

**Kassenärztliche Honorare.**  
Wir waren gezwungen, vor einigen Tagen in der Öffent-  
lichkeit auf die ungerechtfertigt hohen Honorarforderungen  
der Ärzte hinzuweisen, welche seit Bestehen des vertragslosen  
Zustands die Krankenkassenmitglieder unter Missachtung ge-  
setzlicher Bestimmungen nur noch als Privatpatienten be-  
handeln. In einer sehr gewundenen Erklärung, die um die  
wesentlichsten Punkte vorsichtig herumgeht, uns aber dafür  
bewußte Irreführung der breiten Öffentlichkeit, insbeson-  
ders der Versicherten, vorwirft, und die Schuld am vertrags-  
losen Zustand zuschiebt, sucht der Württ. Ärzteverband den  
peinlichen Eindruck, den die Bekanntgabe dieser Tatsachen  
in der Öffentlichkeit machen mußte, zu verwischen.  
Bergebens.

Wir stellen seinen Ausführungen gegenüber kurz fol-  
gendes fest:

- 1) Die Kassen haben den Schiedsspruch über die Hono-  
rare grundsätzlich angenommen, die Ärzte dagegen ihn ab-  
gelehrt und den vertragslosen Zustand erklärt.
- 2) Nach § 19 der Reichsverordnung über Ärzte und  
Krankenkassen vom 30. Oktober 1923 sind die Ärzte in  
Württemberg gesetzlich verpflichtet, im Fall eines Kon-  
fliktes die Versicherten vorläufig zu denselben Bedingungen  
und Honoraren weiterzubehandeln, bis durch die gesetzlich ein-  
gerichteten Schiedsinstanzen neue Vereinbarungen erfolgt sind.  
Dies ist auch durch den Leipziger Ärzteverband  
anerkannt. Trotzdem behandeln die Württ. Ärzte die  
Versicherten nur als Privatpatienten, sie machen sich damit  
einer Missachtung gesetzlicher Bestimmungen schuldig.  
Besonders unglücklich ist der Versuch des Württ. Ärzte-  
verbands, sich dadurch aus der Schlinge ziehen zu wollen,  
daß er erklärt, es handle sich zunächst um einen Honorar-  
kampf. Durch die Bestimmungen der erwähnten Verordnung  
soll ja gerade für Honorarkämpfe Vorzüge getroffen werden.  
Wenn es sich aber um einen Honorarkampf handelt, und die  
Kassen den Schiedsspruch angenommen haben, wozu dann  
überhaupt der vertragslose Zustand?
- 3) Der Württ. Ärzteverband erklärt, daß er die Be-  
ratungsgebühr auf 1,20 M festgesetzt habe zu einer Zeit, in  
der die Reichsrichtzahl 1535 Milliarden betragen habe, also  
am 26. November vor. J. Er verschweigt aber wohl-  
weislich, daß inzwischen die Reichsrichtzahl auf  
1110 Milliarden gesunken ist und daß die Ärzte  
in Baden und Bayern seit Dezember nur 80 Pfg.  
berechnen.

In einer Zeit, in der die Versicherten infolge der gegen-  
über dem Friedensstand wesentlich herabgesetzten Löhnen und  
der Kurzarbeit schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben,  
bringt es der Württ. Ärzteverband als Hüter der Volk-  
gesundheit fertig, den Versicherten Honorare abzunehmen,  
die jeder inneren Berechtigung entbehren. Auch die Mittel  
der Kassen müssen ja zu 1/3 von den Versicherten aufge-  
bracht werden.

Die Kassen sind ja jederzeit zu Verhandlungen bereit.  
Wir haben unsere Vorschläge zu einem Vertrag in der  
Württ. Krankenkassenzeitung veröffentlicht und sie damit dem  
Urteil der Öffentlichkeit unterstellt. Von einer Reihe von  
Ärzten ist uns bestätigt worden, daß sie eine brauchbare  
Grundlage bilden.

Wir leben in einer Zeit des Abbaus, in der Sparsam-  
keit auf allen Gebieten oberstes Gebot ist. Der Württ-  
tembergische Ärzteverband hat sich bisher ge-  
weigert, hieraus für seinen Teil die Schlussfol-  
gerungen zu ziehen. Solange er an dieser Haltung fest-  
hält und Maßnahmen zur Verminderung auch vom Stand-  
punkt der Volksgesundheit aus völlig unnötiger Ausgaben,  
z. B. in der Weggefrage vorzieht, läßt sich eine Ver-  
ständigung nicht erzielen.

**Arbeitsgemeinschaft der Württ. Krankenkassenverbände.**

**la Braunkohlen-Briketts**  
treffen in den nächsten Tagen ein. Aufträge können mit  
meinem Lastwagen franks ausgeführt werden. Beachten  
Sie meine äußerst kalkulierten Preise. Bestellen Sie  
sodort bei der  
**Birkenfelder Baumaterialien-Großhandlung,**  
Inh.: **W. Hildenbrand,**  
Birkenfeld, Telefon 16.

**Polissenen, Finierer,  
Stuismacher,  
Aushauerin**  
auf Alpaca- und Silberwaren gut eingearbeitet,  
sowie eine tüchtige, jüngere  
werden angenommen.  
**Scholl A.-G.,**  
Filiale Neuenbürg.

Zuverlässiges, fleißiges  
**Mädchen**  
für kleinen, kinderlosen Haus-  
halt gesucht.  
**Liphardt, Pforzheim,**  
Weiliche 9.



**Inventur-  
Ausverkauf**  
mit unvergleichlichen Vorteilen!  
Es gelangen in dieser Woche zum Verkauf:  
Ein Posten  
**Damenhemden** Mk. 3,25, 2,50, **1.95**  
Ein Posten  
**Nachthemden** Mk. 6,75, 6,09, **5.25**  
Ein Posten  
**Beinkleider** Mk. 3,50, 3,00, **2.75**  
Ein Posten  
**Prinzessröcke** Mk. 7,25, 6,50, **6.00**  
Ein Posten  
**Untertailen** Mk. 1,20, 1,10, **95**  
Ausserdem: Grosse Posten  
**Bettwäsche** fertig und am Stück, ganz bedeutend  
fest im Preise ermässigt.  
**Rudolf Sigmann**  
Nur Pforzheim Nur  
Dolmilingstr. 23 beim Seifenleder Barkhardt. Deimlingstr. 23

**Bieh-Verkauf.**  
Wir haben  
von Montag morgen 7 Uhr ab  
im Gasthaus zum „Ochsen“ in **Höfen**  
wieder einen sehr großen, frischen Transport  
gut gewöhnter, junger  
**Milchkühe, junger Kälberkühe,**  
gut gewöhnter, hochträchtiger Kühe, sowie  
große Auswahl gut gewöhnter, hochträchtiger  
Kalbinnen, darunter ein Paar Jungstiere  
und Lade Kauf- und Tausch-Viebhaber freundlich ein.  
**Rudolf und Berthold Löwengard**  
Nellingen.

**Bieh-Verkauf.**  
Ein frischer, großer Transport  
erstklassiger, hoch-  
trächtiger  
Kalbinnen, trächtiger Kühe,  
sowie Kühe samt Kälber  
sind eingetroffen und ladet Kauf- und Tauschliebhaber  
freundlich ein  
**Wolf, Viehhandlung, Pforzheim**  
Erbprinzenstraße 104. Telefon 2918

**Hand-Datumsstempel**  
für Ranzleien und Város sind  
sodort lieferbar.  
**E. Wechsche Buchhandlung.**



Wochenschrift in Neuenbürg  
10. Godesheim. Durch  
Post im Ort- u. Oberam-  
treibe, sowie im sonstig  
inhab. Verkehr 30 Wo-  
chenschrift in Postbestellgebäu-  
Preis fortbleibend,  
Nachzahlung vorbehalt-  
Preis einer Nummer 1200  
pfennig.  
In Fällen von abbrech-  
wagt besteht kein Anspruch  
auf Vierterung der Zeitung  
über auf Ruderstattung  
Bezugspreis.  
Bestellungen nehmen  
Poststellen, in Neuen-  
bürgen die Buch-  
handlung entgegen.  
Birokonto Nr. 24 bei  
J. W. Sparlaße Neuenbürg.  
**N. 21.**  
Karlsruhe, 24. Jan.  
badische Bezirksämter  
nen Neuenbürg gebürtig  
Karlsruher vereinigt  
Amt gebörenden Gem-  
die Orte Königsbach,  
Pforzheim zugewieilt.  
staatliche Forstämter  
Von den diesen selbst  
kurzt die Waldungen  
Bretten, die Waldung  
Eisingen, Söbrieken,  
jeningen der Gemein-  
teil.  
Rürnberg, 24. Jan.  
Königlichen Partei in  
und nach Landberg  
den früheren Beauf-  
landboten Dr. Weig-  
Weimar, 24. Jan.  
Untersuchungs-  
Sofortentlassung des  
Stellung einer Kan-  
entlassen.  
Schandiaten fra-  
Eine Reise von  
für den englischen Ge-  
Kaiserlautern betrie-  
Gendarmen geladen,  
kommen und sie in  
städtischer Beamter,  
englischen Generalkon-  
liche Personen in der  
adischen Gendarmen-  
anten, daß der fra-  
konkurs ihm verli-  
zu befristeten habe,  
die Rheinlandkommi-  
sier selbständig. Der  
Dolmetscher 6-7mal  
Offen, 24. Jan.  
Kriegsgericht gegen  
Sabotage wurden vor-  
übrigen erhalten wog-  
Gefängnis. Ein Ab-  
Abbau  
Im Sparausbau  
des Reichsministerium  
geanteten Geschäftsb-  
der Personalbestand  
nur um 23 v. S. u.  
Reichsministerium  
les Ministerium ein-  
schen Reichsanhalt  
Bei Behandlung des  
schaftsministeriums  
wischen Finanznot  
wirtschaftsrates in  
bis her. Von der  
daß nur noch die  
Die ganze Arbeit des  
schaffen geleistet.  
Wirtschaftsministerium  
schuß die Reichsregie-  
sariat für Kolonien  
tionen, dem Eisen-  
und fämtliche noch  
rigen.  
Charles M. Sch-  
Berlin, 24. Jan.  
gestern hier auch  
die Ausbeute die  
ger des Lokal-Anzei-  
seine Reise in Deut-  
lands, um sich an  
Wirtschaftsfrage zu  
mission zu übermit-  
tel, was die Ameri-  
neral Daves und  
Schwab, hätte einen  
verbrocht u. gefeh-  
Dr. Stresemann gel-  
Damm." Nach einer  
nach seiner Rück-  
stellen Bericht über  
amerikanischen Jour-  
den, daß man sich  
und sehr wieder ab-  
Deutschland ein so  
nach seiner vorberig-  
halten läte. Nach  
nannten Wattes fol-  
deutschen Industrie-  
deutscher Dolmetsch-  
tiggelst und nach  
seitig beschäftigt  
erster Konturen.